



**Winfried Gerold (Vorsitzender )**

Fr.-Wilh.-Weber-Weg 4  
59909 Bestwig  
Tel.: (02904) 70235  
Mobil: (0171) 6932165  
E-Mail: winfried.gerold@cdu-bestwig.de

**Clemens Voss (Geschäftsführer)**

Am Sengenbergr 14  
59909 Bestwig  
Tel.: (02904) 1468  
Mobil: (0170) 9965460  
E-Mail: Josef-Clemens.Voss@t-online.de

Bestwig, 21.12.2016

## **Rede zur Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde Bestwig für das Jahr 2017**

*(es gilt das gesprochene Wort)*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, verehrte Gäste,

heute haben wir einen Haushalt zu verabschieden, der mit fast 1,6 Mio € wie bereits im vergangenen Jahr einen deutlichen Fehlbetrag aufweist. Im dritten Jahr der Haushaltssicherung hat sich die Lage also trotz aller Sparmaßnahmen nicht verbessert.

Änderungsvorschläge zum Haushalt wurden nach Diskussion in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses fraktionsübergreifend nicht vorgebracht, so dass ich mich auf die Kommentierung einiger wichtiger Positionen des Haushaltes beschränken kann.

Beginnen möchte ich mit den Renaturierungsmaßnahmen der Fluss- und Bachläufe. Diese schreiten im kommenden Jahr mit den Arbeiten an Elpe und Valme weiter voran.

1,1 Mio € sind für die Arbeiten veranschlagt, von denen die Gemeinde jedoch lediglich 10 % der Kosten trägt. Zu diesen Maßnahmen gibt es immer wieder Diskussionen mit einzelnen Bürgern, daher möchte ich bei dieser Gelegenheit kurz die Wichtigkeit dieser Maßnahmen in Erinnerung rufen: Flussbegradigungen und Kanalisierungen der Fließgewässer waren Fehler aus der Vergangenheit. Diese müssen nun mit erheblichem Aufwand wieder korrigiert werden. Nur so können Schäden durch die Häufung von Starkregenereignissen infolge des Klimawandels in Grenzen gehalten werden.

Die bisher umgesetzten Maßnahmen in unserer Gemeinde wurden von den Bürgerinnen und Bürgern überwiegend positiv angenommen und entwickeln sich als Nebeneffekt immer weiter zu attraktiven Oasen in der Natur. In Velmede-Bestwig beispielsweise hat sich die Ruhr inzwischen zu einem beliebten Ziel für Familien und Senioren entwickelt.

Das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz des Bundes ermöglichte uns, wichtige Maßnahmen zur Substanzerhaltung und Energieeinsparung unserer Gebäude durchzuführen. Mit den in 2017 geplanten Maßnahmen in der Turnhalle Ostwig, der Turn- und Schwimmhalle in Velmede, der Grundschule in Ramsbeck sowie einem neuen Heizkessel in der Grundschule in Nuttlar sind die zur Verfügung stehenden Mittel damit leider annähernd aufgebraucht.

Die Erneuerung der Sanitärräume in der Turnhalle Nuttlar ist ebenfalls geplant, sodass wir danach den Zustand unserer Gebäude insgesamt als zufriedenstellend bezeichnen können. Größerer

Sanierungsaufwand wird in den kommenden Jahren jedoch noch im und am Schulzentrum auf uns zukommen.

Die Fachräume für Chemie und Physik stammen noch aus dem Jahr 1977 und bedürfen dringend einer Erneuerung. In 2017 sind hier 125.000 € geplant und in 2018 nochmals der gleiche Betrag. Das ist viel Geld, moderne Technikräume gehören aber zum Standard einer zeitgemäßen Schule. Somit finden auch diese Investitionen unsere Unterstützung.

Der Feuerschutz mit der sachgerechten Ausstattung unserer Feuerwehr ist und bleibt eine der wichtigsten gemeindlichen Aufgaben. Die Investitionen unter Anderem in neue Fahrzeuge betragen in 2017 mit 430.000 € jedoch ein Mehrfaches der vom Land erstatteten Pauschale.

Die Unterhaltung unserer Straßen bleibt eine teure Daueraufgabe. Neben der Brückensanierung der Valmebrücke zur Pfarrer-Schuppmann-Str. in Ramsbeck mit 30.000 € stehen 132.600 € für Unterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung. Das ist ein beachtlicher Betrag, wäre bei einer besseren Finanzlage aber sicher deutlich höher ausgefallen.

Durch die in den letzten Jahren bereits durchgeführten und geplanten Sanierungsmaßnahmen konnten jedoch bereits einige Probleme beseitigt werden.

Anliegerbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz von mehreren tausend Euro pro Grundstück werden aufgrund der Nichtveranlagung von Anwohnern an den Kreis-, Landes- und Bundesstraßen von vielen als ungerecht empfunden. Das ist in der Tat schlecht nachvollziehbar, ich muss aber auch darauf hinweisen, dass die Gesetzgebung des Landes uns keine andere Möglichkeit lässt. Der Aufbau der teilweise 50-jährigen Straßen hält dem massiv gestiegenen Verkehrsaufkommen mit immer schwereren Fahrzeugen nicht mehr stand. Hier sind also echte Sanierungen mit Verstärkungen des Unterbaus notwendig, einfache Decken-Erneuerungen im Rahmen von Unterhaltungsmaßnahmen sind oftmals keine Lösung mehr.

Um die finanzielle Gesamtentwicklung der Gemeinde darzustellen zu können, benötigt man neben einem Blick auf die Planung des nächsten und der folgenden Jahre einen Blick auf die maßgebenden Positionen der vergangenen Jahre, so können Sonder- oder Einmaleffekte einzelner Jahre relativiert werden.

Schauen wir uns diese an einigen Aufwandspositionen an:

Die Kosten für Planungen und Bauleitpläne steigen, dies ist im Besonderen auf die Flächennutzungsplanänderung zur Steuerung der Windenergie zurückzuführen, wie sie vom Rat der Gemeinde gewünscht und beschlossen wurde.

Auch wenn die Sach- und Dienstleistungen mit 3,5 Mio € in 2017 gegenüber dem Vorjahr sogar etwas sinken werden, darf eine deutliche Steigerung in den letzten Jahren nicht verkannt werden.

Die Personalkosten steigen jährlich durch Besoldungserhöhungen und Versorgungsaufwendungen um etwa. 100.000 € und liegen derzeit bei rund 3,9 Mio €, das entspricht knapp 20 % der Gesamtaufwendungen.

Zu den freiwilligen Leistungen der Gemeinde gehören als größere Positionen der Betrieb des Besucherbergwerkes, dessen Zuschussbedarf zwar zu 50 % durch den Hochsauerlandkreis getragen wird, aufgrund der Übernahme des Untertagebereiches von der Sachtleben AG inzwischen jedoch auf über 100.000 € / Jahr gestiegen ist. Ohne Möglichkeit der Einfahrt in den Berg würde das Bergwerk jedoch massiv an Attraktivität und damit Besuchern verlieren.

Die mit Meschede gemeinsam betriebene touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) nützt angesichts des breiten Betätigungsfeldes nicht nur dem heimischen Hotel- und Gaststättengewerbe, sondern auch unmittelbar den heimischen Bürgerinnen und Bürgern. Die Attraktivität unserer Kommunen wird durch viele Maßnahmen gesteigert. Ich denke hier unter anderem an die Beteiligungen an der Bike- oder Wintersportarena, Radwegen wie dem Ruhrtalradweg, Wanderwegen wie der Waldroute und, und, und. Die TAG steht für die CDU-Fraktion daher derzeit nicht zur Disposition, wenngleich unser Beitrag mit 105.000 € im Jahr nicht unerheblich ist

Bei den freiwilligen Leistungen sprechen wir über Beträge, die alle zusammen bei Weitem unter dem diesjährigen Haushaltsdefizit liegen. Selbst bei ausschließlicher Erledigung unserer Pflichtaufgaben würde also noch ein Minus im Ergebnisplan stehen. Gerade deswegen muss wie bereits in den letzten Jahren jeder Euro mehrfach umgedreht werden, bevor er ausgegeben wird.

Die größten Positionen auf der Ausgabenseite sind die, die wir nicht selbst beeinflussen können. Hier handelt es sich vornehmlich um die sogenannten Transferaufwendungen.

Die Kreis- und Jugendamtsumlage steigen weiter, inzwischen müssen wir jährlich über 7 Mio € dafür überweisen. Zwar wurde die im Kreishaushaltsentwurf angekündigte Erhöhung durch den Kreistag etwas abgemildert, eine umso deutlichere Erhöhung müssen wir jedoch bei der Jugendamtsumlage hinnehmen. Wir können hier nur auf das Versprechen des Landrates und unserer Kreistagsmitglieder vertrauen, den Kreishaushalt nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu durchforsten und notwendige Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten.

Bei den Einnahmen verzeichnen wir zwar Steigerungen beim Gemeindeanteil an der Umsatz- und Einkommensteuer, diese werden durch steigende Ausgaben jedoch mehr als egalisiert.

Gründe für die Misere finden sich beispielsweise im Gemeindefinanzierungsgesetz. Hier geht es in erster Linie um die Schlüsselzuweisungen, die als Ausgleich für Kommunen mit niedriger Steuerkraft dienen. Zu diesen Kommunen gehört mit unterdurchschnittlichen Gewerbesteuererinnahmen auch unsere Gemeinde.

Die in den letzten Jahren durch die rot-grüne Mehrheit beschlossenen Änderungen bedeuten eine massive Umverteilung dieser Gelder von ländlichen Kommunen hinein in die Städte. Wer dann noch zu den Gemeinden mit kleiner Fläche wie Bestwig zählt, erhält kaum einen Ausgleich durch den Flächenansatz und ist damit in negativer Weise besonders betroffen.

Die bereits in den letzten Jahren immer wieder kritisierte „Einwohnerveredelung“ mit der deutlichen Bevorteilung einwohnerstarker Städte wird trotz Kritik durch den Städte- und Gemeindebund auch in 2017 nicht geändert.

Es bleibt die Hoffnung, dass der Muttertag 2017 nicht nur ein schöner Tag für unsere Mütter, sondern auch ein guter Tag für das Land NRW wird. Nach einem möglichen Regierungswechsel bei den an diesem Tag stattfindenden Landtagswahlen hoffen wir auf baldige Korrektur des Gemeindefinanzierung, denn Schlüsselzuweisungen nach den alten Berechnungsgrundlagen hätten uns nicht in diese prekäre Lage gebracht.

In der Summe fehlen uns im Haushalt 2017 am Ende die bereits genannten 1,6 Mio €. Ein Betrag, bei dem die Ausgaben die Einnahmen um fast 10 % übersteigen. Auch in den kommenden Jahren sind Fehlbeträge um die 1 Mio € prognostiziert.

Was für einen privaten Haushalt gilt, gilt auch für einen Gemeindehaushalt.

Regelmäßige Fehlbeträge führen zu Substanzverlust und durch den fortlaufenden Verzehr unseres Eigenkapitals letztendlich faktisch in den Ruin.

Wir teilen angesichts dieser Rahmenbedingungen die Aussage des Bürgermeisters im Rahmen der Einbringung des Entwurfes, dass dieser Haushalt kaum Einsparungen zulässt. Das Beispiel mit dem trockenen Schwamm war da schon passend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie bereits in der letzten Sitzung des Haupt und Finanzausschusses beraten, möchten wir in 2017 auch angesichts der Erhöhung der Abwassergebühren auf Grund- und Gewerbesteuererhöhungen verzichten und werden dem Entwurf heute so zustimmen.

Gestatten Sie mir aber noch einige Anmerkungen zum Haushaltssicherungskonzept:

Dass dieser Haushalt genehmigungsfähig sein wird, liegt nicht an einer positiven Entwicklung in Bestwig sondern vielmehr an den Vorgaben des Haushaltsrechtes in NRW. Danach muss in einem 10-Jahres-Zeitraum ein struktureller Haushaltsausgleich geschaffen werden, für uns ist dies das Jahr 2025.

Die vom Land kalkulierten Steigerungsraten betragen bei den Kosten für Sach- und Dienstleistungen, Personalausgaben und Transferaufwendungen wie die Kreis- und Jugendamtsumlage jeweils 1 % pro Jahr.

Betrachtet man jedoch den Durchschnitt der letzten Jahre, sieht die Realität etwas anders aus. Die Steigerungen bei den angesprochenen Positionen waren teilweise deutlich über diesen Sätzen. Die Kreis- und Jugendamtsumlage ist in den letzten 5 Jahren sogar besonders stark gestiegen.

Bei Änderung der Steigerungsraten bei den genannten drei Positionen auf 2 % jährlich landen wir im Jahr 2025 nicht auf dem vom Land geforderten Plus, sondern in einem sechsstelligen Defizit.

Zusätzlich sind die Gewerbesteuererinnahmen nach Jahren guter Steigerungen wieder gesunken und wir werden in 2017 mit voraussichtlich nur noch 4,7 Mio € den tiefsten Stand seit 2011 erreichen. Entgegen dem allgemeinen Trend ist in Bestwig auch in naher Zukunft kaum Besserung in Sicht.

In der Summe sprechen wir also von massiven Defiziten, die auszugleichen sind.

Für die Lösung dieser Gleichung stehen uns zwei Instrumente oder eine Kombination dieser zur Verfügung.

- Steigerung der Einnahmen und oder
- Verringerung der Ausgaben

Da die Landtagswahl leider nicht nur in Bestwig entschieden wird, bliebe als sichere Möglichkeit der Einnahmesteigerung nur die Erhöhung der gemeindlichen Steuern. Die Gewerbesteuer ist jedoch bereits auf einem überdurchschnittlichen Satz. Eine weitere deutliche Steigerung würde die Wettbewerbsfähigkeit Bestwiger Unternehmen im Vergleich zu vielen mit niedrigeren Steuersätzen schwächen. Am Ende könnten sie womöglich das Gegenteil der benötigten Mehreinnahmen bewirken. Die Grundsteuern sind ebenfalls bereits auf einem im HSK überdurchschnittlichen Satz. Die bis 2025 notwendige Erhöhung würde zu einer massiven Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger führen.

Die Ausgaben lassen sich, wie bereits ausgeführt, aufgrund der durch die Gemeinde nicht beeinflussbaren Faktoren leider nicht in der erforderlichen Größenordnung reduzieren.

Wie sehr eine mittelfristige Finanzplanung von den tatsächlichen Ergebnissen abweichen kann, zeigen die Vergleiche der Planwerte vergangener Jahre mit den tatsächlichen Jahresergebnissen.

Prognosen sind durch Faktoren, die von außen kommen und nicht von uns beeinflusst werden können, immer schwierig. Beispiele sind Steuerschwankungen und Sondereffekte wie zum Beispiel durch die Flüchtlingssituation, bei denen uns das Land die durch vom Bund erhaltenen Kostenerstattungen nicht in der notwendigen Höhe weiterreicht. So vergrößert sich ein Defizit eines Jahres schnell um sechsstellige Beträge.

In dem Wissen, dass Prognosen über mehrere Jahre unsicher sind, sollten wir uns in unserem politischen Handeln nicht am bestcase orientieren, auch wenn es kurzfristig der bequemste Weg sein mag.

Zumindest im Hinterkopf sollte die Entwicklung der Standardpositionen im Haushaltssicherungskonzept mit langjährigen Erfahrungswerten hinterlegt sein, damit notwendige Veränderungen rechtzeitig eingeleitet werden können.

Eine Übertragung von wichtigen wie sicher auch manchmal unpopulären Entscheidungen auf zukünftige Gemeinderäte ginge zu Lasten unserer jungen Generation und wäre damit egoistisch und unsozial.

Ein abwartendes Vorgehen käme in meinen Augen einer vom Land vorgegebenen zumindest zeitlichen Problemverschiebung gleich.

Von der aktuellen Landesregierung gab und gibt es jedenfalls keine auskömmliche Finanzierung der Kommunen, wie es in den meisten anderen Bundesländern selbstverständlich ist.

Die Aufgaben einer Kommune werden immer komplexer, eine effiziente Erledigung dieser wird von einer Kommune mit finanziell vergleichsweise ungünstigen Rahmendaten damit nicht einfacher. Unsere Bevölkerung hat sich seit ihrem Höchststand bisher um mehr als 1000 Einwohner verringert.

Betrachtet man die Zahl der Grundschüler, deren Zahl seit 2008 sogar um 30 % gesunken ist, wird sich der Rückgang der Einwohnerzahlen wie übrigens in fast allen ländlichen Kommunen auch zukünftig weiter fortsetzen.

Die Kosten für den Erhalt unserer Infrastruktur wie Straßen, Wege, Wasser- und Kanalnetz sowie Schulen müssen folglich auf immer weniger Schultern verteilt werden, die Kosten für jeden Einzelnen von uns also folglich steigen.

Wie bereits in meinen früheren Haushaltsreden immer wieder thematisiert, sollten wir aus meiner persönlichen Sicht nach den bisher guten Erfahrungen in der interkommunalen Zusammenarbeit weitere Schritte gehen. Viele Beispiele bei Sparkassen, Volksbanken, kath. Kindergärten, den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden und anderen Verbänden, aber auch schon in einigen Kommunen zeigen, dass hier deutliches Synergiepotential auf der Kostenseite bestehen kann. In einer Fraktionstagung werden wir uns im kommenden März auch mit externer Beratung mit diesem Thema beschäftigen und Möglichkeiten diskutieren, die jedoch nicht zu Lasten des Bürgerservices oder der Belegschaften gehen sollten.

Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger wollen wir die Zukunft unserer Gemeinde selbst gestalten und werden nicht den Kopf, mit Hinweis auf die für die Misere tatsächlich Verantwortlichen, abwartend in den Sand stecken.

Denn eines ist sicher: bei einem nicht mehr genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept wird es zu weiteren Restriktionen und damit unvermeidbaren weiteren Belastungen für die Bürger kommen.

Heute haben wir auch den Antrag der CDU-Fraktion zum Verzicht auf die durch das Land beschlossene zusätzliche Entschädigung für Ausschussvorsitzende behandelt. Wir möchten durch diesen Verzicht auch als Kommunalpolitiker ein Zeichen setzen und einen kleinen Beitrag zur Haushaltssicherung und den Erfolg unseres Haushaltssicherungskonzeptes leisten.

Aber auch bei allen eigenen Bemühungen werden wir in den nächsten Jahren eine Erhöhung der gemeindlichen Steuern wohl nicht vermeiden können. Wann und in welcher Dimension diese beschlossen werden müssen, hängt in diesen turbulenten Zeiten neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auch von der zukünftigen Kreis-, Landes- und Bundespolitik ab.

Das entbindet uns als Letzen in der föderalen Nahrungskette jedoch nicht von unserer eigenen Verantwortung vor Ort.

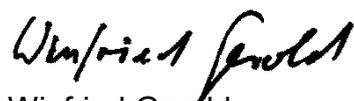
- Handeln ist also angesagt, sonst werden wir behandelt

In diesem Sinne möchte ich bei unserem Bürgermeister Ralf Péus, Kämmerer Klaus Kohlmann sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich bedanken. Trotz der für uns schwierigen Zeiten wurde auch in diesem Jahr wieder hervorragende Arbeit geleistet.

Besonderer Dank gilt genauso allen Menschen, die sich im Jahr 2016 in unserer Gemeinde ehrenamtlich für die Gemeinschaft eingesetzt haben, sei es bei Feuerwehr, Kirchen, Vereinen oder in der Flüchtlingsbetreuung.

Auch der SPD-Fraktion sowie Julius Hahn als unserem Rats-Piraten gilt mein herzlicher Dank für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Winfried Gerold  
Fraktionsvorsitzender